

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 14, 11. Juli 2002

Antifaschistisches Presseschiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
E-Mail: 10050000/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Fußball und Politik

Von Ralf Bachmann

Auch wenn in Fernseh-Talkrunden das Gegenteil versichert wird: Als eine Sportart, die weltweit die Massen in ihren Bann zieht, ist Fußball mehr als der Kampf um das braune Leder, steht er auf einem Spitzenplatz in der Agenda jeder politischen Bewegung. Oft genug ist das gleichbedeutend mit seinem Missbrauch. NS-Propagandachef Goebbels gab im Krieg einen Durchhalte-Fußballfilm mit prominenten Schauspielern in Auftrag, in dessen Mittelpunkt das Lied stand: „Elf Kameraden und ein Gedanke: Glauben an den Sieg! Elf Kameraden und keiner wanke im Glauben an den Sieg.“ 1969 entbrannte nach Zwischenfällen bei den Ausscheidungsspielen zur Weltmeisterschaft zwischen El Salvador und Honduras ein Fußballkrieg mit vielen Opfern. Von rechtsextremem Missbrauch des Fußballs in unseren Tagen können die Fanclubs der populärsten Berliner Vereine, Hertha BSC und Union, manches Liedchen singen.

Die Weltmeisterschaft 2002 in Japan und Südkorea war ein politisches Großereignis. Aber das im besten Sinne. Die Ausrichtung durch zwei Länder, deren gemeinsame Geschichte alles andere als friedlich war, gehört dazu. Auch dass Ex-Kolonialstaaten Afrikas europäischen Fußballgiganten die Stirn boten. „Wie schön“, sagte Theaterregisseur und Fußballdemokrat Jürgen Flimm bei Sabine Christiansen. „Mit ein wenig Glück hätte auch ein Land wie Senegal Weltmeister werden können.“ Ein politischer Höhepunkt war die Szene nach dem Spiel um Platz 3, als sich türkische und südkoreanische Spieler Hand in Hand in einer bunten Reihe vor dem fast ausschließlich koreanischen Publikum verneigten, das ihnen freundschaftlich zujubelte. Nach dem Finale traf in Berlin ein Türke im fahngeschmückten Auto die Mehrheitsstimmung, als er rief: Ich feiere alle drei – Brasilien, Deutschland, Türkei. Festival der Völkerverständigung nannte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die Spiele. So schön kann Fußball sein – hoffentlich auch 2006 in Deutschland. Doch dafür ist noch manches Stück Arbeit zu leisten.

Verbotene Lieder

Nahezu drei Stunden konnten rechtsextreme Bands bei einem Konzert bei Sangerhausen aufspielen – die Polizei griff erst kurz vor Schluss ein. **Seite 2 ■**

Der Spuk kehrt wieder

Das neonazistische Spektrum mobilisiert für den alljährlichen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ nach Wunsiedel. **Seite 3 ■**

Braune Schlossherren

Auf einem ehemaligen Junkersitz bei Bernburg wollen Neonazis ein „Nationales Zentrum Mitteldeutschland“ errichten. **Seite 4 ■**

Lukrative Scheiben

Im Geschäft mit rechtsextremer Musik werden weiterhin Umsätze in Millionenhöhe erzielt. **Seite 6 ■**

Hilfe für NS-Opfer

Ein kleiner Kölner Verband hat sich besonders um die Zwangsarbeiterentschädigung verdient gemacht. **Seite 12 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**„Klassentreffen“**

Ein Skinhead-Konzert im Süden Sachsen-Anhalt wurde von der Polizei aufgelöst – allerdings erst nach knapp drei Stunden.

Die Polizei meldete schnellen und erfolgreichen Vollzug. Ein Skinhead-Konzert in Uftrungen im Landkreis Sangerhausen im Süden Sachsen-Anhalts sei durch den Großeinsatz von knapp zwei Hundertschaften umgehend aufgelöst worden. Um 22 Uhr, so die Polizei, sei der braune Spuk beendet gewesen. Ein Beobachter, der von demokratischen Initiativen in das Konzert eingeschleust worden war, hatte hingegen just zu diesem Zeitpunkt vermeldet, dass das Konzert munter weitergehe.

Noch aus Zeiten der SPD-Minderheitsregierung stammt die Order an die Polizeikräfte, Skinhead-Konzerte möglichst im Vorfeld zu unterbinden, falls das nicht gelingen sollte, auf jeden Fall unverzüglich aufzulösen. An diese Verordnung fühlen sich die Einsatzkräfte der zuständigen Polizeidirektion Merseburg seit dem Regierungswechsel offenbar nicht mehr gebunden. Sie beobachteten die als „Klassentreffen“ angemeldete Veranstaltung aus sicherer Entfernung, bis Verstärkung aus Magdeburg eingetroffen war. Als die Polizeikräfte dann gegen das Konzert vorgingen, war die Veranstaltung fast zuende. „Nahezu drei Stunden konnten die Bands ihre rassistischen, neonazistischen und zum Teil verbotenen beziehungsweise indizierten Songs zum Besten geben“, klagt ein Augenzeuge. Garagenbands waren es nicht, die da zum braunen Tanz aufspielten. Neben den einheimisch-deutschen Kapellen „Nordfront“, „Selektion“ und „Radikal“ standen internationale Vertreter der Rassenmusik wie „Brigade M“ aus Belgien und „Racewar“ (Rassenkrieg) aus Österreich auf dem Programm.

Nach Aussagen von Anwohnern und anderen Augenzeugen gerät die Polizeidirektion Merseburg womöglich in Erklärungsnot. Das abwartende Verhalten der Beamten sei darauf zurückzuführen, dass sich die Beamten gegenüber den Konzertbesuchern deutlich in der Minderheit fühlten, heißt es aus Polizeikreisen. Sofort nach Eintreffen der Verstärkung sei das Konzert abgebrochen worden. Bleibt die Frage, warum das Konzert überhaupt beginnen konnte. Ein Konzert dieser Größenordnung dürfte auch dem Verfassungsschutz sowie den polizeili-

chen Staatsschützern im Vorfeld nicht verborgen geblieben sein. Und ist es vermutlich auch nicht. Nach Aussagen von Anwohnern ist bereits deutlich vor Beginn des Konzertes ein Polizeihubschrauber über dem Veranstaltungslokal gekreist. Dessen Insassen haben offenbar die Anreise der überwiegend kahlköpfigen Konzertbesucher beobachtet. Ein Auftrieb, der nicht unauffällig bleiben konnte. Denn sowohl „Brigade M“ als auch „Racewar“ brachten eigene Fans mit zum Konzert. Die Musiker von „Racewar“ reisten gar mit einem eigenen Fanbus an.

Schon zu Konzertbeginn hätte es für die Polizei reichlich Anlass zum Einschreiten gegeben. Denn die Belgier von „Brigade M“ spielten nicht nur eigene Songs, sondern coverten vor allem Stücke von „Landser“, einer Berliner Band, deren Songs überwiegend indiziert beziehungsweise verboten sind. Nahezu die Hälfte der Band-Mitglieder sitzt seit geraumer Zeit in Haft oder steht unter Anklage wegen Volksverhetzung und ähnlicher Delikte. Auch die Stücke von „Racewar“ sind überwiegend indiziert, und zumindest die CD „Waffen-SS“ von „Nordfront“ steht auf dem Index.

Auch auf einer rechtsextremen Internet-Seite findet sich eine ganz andere Darstellung. „Gegen 23 Uhr wurde die Veranstaltung nach 3 Stunden Musik zum Ausklingen gebracht und man fuhr nach einem schönen Konzertabend wieder nach Haus. Die mittlerweile von MD angerückten 2 Hundertschaften Bullen konnten noch unsere Abfahrt verfolgen, bevor sie ihre Wut an durstigen Leuten an den umliegenden Tankstellen ausliesen und wahllose Verhaftungen vornahmen.“ (Zitate nach dem Original.) Ebenso wie bei der Polizei scheint bei den kahlköpfigen Internet-Autoren das Wunschenken der Vater der Tatsachenbehauptung zu sein. Fest steht, dass die Bereitschaftspolizei gegen 23 Uhr 18 Konzertbesucher wegen nationalsozialistischer Parolen vorläufig festnahm. Bleibt die Frage, warum die Polizei ein Skinhead-Konzert um 22 Uhr für aufgelöst erklärt, das letztlich noch bis 23 Uhr gedauert hat. Beobachter der Szene berichten, dass es in der jüngeren Vergangenheit mehrere Konzerte gab, bei denen die Polizei erst nach offiziellem Abschluss einschritt. Deeskalation kann man so oder so verstehen. Fest steht in jedem Fall, dass sich die rechte Szene sicherer fühlt. Zwar ist auch bei den Einladungen für Uftrungen der Veranstaltungsort nicht bekannt gegeben worden. Andererseits aber lag der Treff- und Schleusungspunkt kaum sieben Kilometer vom eigentlichen Konzertort entfernt.

Eberhard Löblich

Aktivitäten

„Integrationsfigur“

Das braune Spektrum mobilisiert schon wieder für den alljährlichen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ nach Wunsiedel.

Die nordrhein-westfälischen Verfassungsschützer sollten sich irren. „Auch wenn die Person Rudolf Heß für die Neonaziszene eine der wenigen Integrationsfiguren bleiben wird“, so notierten sie in ihrem Bericht für 2000, „macht sich doch die Erkenntnis breit, dass dieses Thema grundsätzlich kaum mehr kampagnenfähig ist.“ Die Einschätzung erwies sich als falsch: Zwischen 800 und 1000 Neonazis zogen am 18. August vergangenen Jahres durch Wunsiedel. Nach zehn Jahren war der Heß-Aufmarsch, der fast schon eine Tradition geworden war, wieder an seinen Ausgangsort, den Ort im Oberfränkischen, wo Heß begraben ist, zurückgekehrt. „Wir haben vor zehn Jahren gesagt, dass wir wieder nach Wunsiedel kommen. Wir sind wiedergekommen. Und wir werden wiederkommen“, kündigte der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, vor einem Jahr an. Für den 17. August ist nun erneut ein „Gedenkmarsch“ angekündigt.

Heß und sein Tod bleiben ein Thema, das Rechtsextremisten unterschiedlicher Schattierungen auf die Straße bringen kann. Schon vor einem Jahr hätte die Teilnehmerzahl größer sein können, wenn die Entscheidung des Gerichts, den Aufmarsch zu erlauben, früher getroffen worden wäre, wenn die Szene also mehr Zeit für eine sichere Mobilisierung gehabt hätte und wenn nicht viele Nazis auf der Anreise von der Polizei mit einem Platzverbot belegt worden wären. Falls in den letzten Jahren der Eindruck entstanden sein sollte, das Thema wäre out, hatte das mehr mit Verboten und polizeilichem Druck zu tun und weniger mit der Rolle, die Heß 15 Jahre nach seinem Tod nach wie vor für die Szene spielt. Das NIT Hamburg jedenfalls jubilierte: „Nun darf für die bekannteste Symbolfigur des Nationalsozialismus nach Adolf Hitler demonstriert werden“ – und das in Wunsiedel. Genau dies war zehn Jahre lang verhindert worden.

Ein Rückblick auf die Tradition der Heß-Aufmärsche: Waren 1988 in Wunsiedel nur 120 Teilnehmer gezählt worden, so kamen im Jahr darauf schon doppelt so viele. 1990, am selben Ort, wuchs die Teilnehmerzahl ins Vierstellige. Michael Küh-

nen versuchte, für den Neonazi-Nachwuchs aus der Figur von gestern, dem Hitler-Stellvertreter, eine Perspektive für die Zukunft zu entwickeln: „Wofür er litt, wofür er starb und wofür er sein Leben lang arbeitete, das bietet auch eine Perspektive für alle europäischen Völker.“

1991 – in Wunsiedel war eine Veranstaltung erstmals verboten – zogen 2000 Alt- und Neonazis durch Bayreuth. Eine ähnlich hohe Teilnehmerzahl wurde 1992 im thüringischen Rudolstadt erreicht. Letztmals gelang 1993 ein größerer Heß-Aufmarsch: in Fulda mit 500 Neonazis. Der Skandal, dass sie – mit NS-Uniformen, abgewandelten Hakenkreuzfahnen, Hitlergruß und Naziparolen rufend – von der Polizei eskortiert und beschützt wurden, schlug Wellen. In der Folgezeit setzten Polizei und Gerichte verstärkt auf Verbandsverbote. 1994 erlebten die Neonazis ein Desaster. Für ihren Heß-Aufmarsch wichen sie nach Luxemburg aus. 180 deutsche Neonazis wurden nach Deutschland abgeschoben, 250 Festnahmen bundesweit gezählt. 1995 kam es zu Demonstrationen im dänischen Roskilde und in Schneverdingen (Niedersachsen). Doch die Zeiten großer und ungestörter Aufmärsche waren vorbei. Das erlebten die Neonazis auch 1996, als sie in Worms auflaufen wollten und 150 von ihnen festgenommen wurden. 1997 das nächste Debakel: 400 Festnahmen gab es am Tag der Heß-Kundgebung bundesweit. Der Versuch, diesmal Königsutter heimzusuchen, scheiterte. Auch in den folgenden Jahren blieb die Bundesrepublik von größeren Heß-Demonstrationen verschont – bis der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im August 2001 den Weg frei machte für den Demo-Zug in Wunsiedel.

Seit Wochen rührt die Szene nun die Werbetrommel für ihren erneuten Aufzug. Sonderseiten und Material zum Thema bietet der „Widerstand Nord“ auf seiner Homepage an. „Thüringer Aktionsgruppen für Rudolf Hess“ haben eigens eine Internetadresse zum Thema eingerichtet. Und auch die NPD weist auf den Termin hin. Als Redner bei der Veranstaltung in Wunsiedel, die gleich zwölf Stunden dauern soll und bei der auch „musikalische Darbietungen“ angekündigt sind, ist neben Rieger wie im Vorjahr der Hamburger Neonazi Thomas Wulff angekündigt. Charlotte Knobloch, Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden, rief derweil dazu auf, Gegenaktionen in diesem Sommer zu unterstützen: „Wunsiedel darf nicht der Ort bleiben, der in einschlägigen Kreisen Rudolf-Heß-Stadt genannt wird.“

Tomas Sager

Hintergrund**Braunes Spukschloss**

Auf einem ehemaligen Junkersitz in Trebnitz bei Bernburg in Sachsen-Anhalt plant der Neonazi Steffen Hupka die Errichtung eines „Nationalen Zentrums Mitteldeutschland“.

Ginge es nach den Verantwortlichen im Landkreis Bernburg, sie wären ihren jüngsten Schlossbesitzer lieber heute als morgen wieder los. Denn der, so fürchten die Landkreispolitiker, wird auf Dauer zahlreiche Gesinnungsgenossen in das verschlafene 300-Seelen-Nest Trebnitz locken. Der neue Schlossherr ist nämlich bekennender Neonazi, heißt Steffen Hupka und ist nach heftiger Kritik am NPD-Bundesvorstand erst kürzlich als zu radikal sogar aus der rechtsextremen Partei ausgeschlossen worden.

Der 38-Jährige, der schon seit Jahren unzureichende Kaderschulung im rechtsextremen und nationalistischen Spektrum beklagt, will diesem Maniko jetzt offensichtlich mit einem eigenen Schulungs- und Veranstaltungszentrum begegnen. Das Trebnitzer Schloss war zuletzt als Altenheim genutzt worden. Nachdem seine Bewohner in einen Neubau in Könnern umgezogen waren, suchte die Kreisverwaltung zunächst vergeblich nach einem Käufer für das alte Gemäuer. Schließlich beauftragte das Landratsamt die in Berlin ansässige Deutsche Grundstücksauktionen AG, den Ladenhüter an den Mann oder die Frau zu bringen. Für gut 51 000 Euro kam die Immobilie letztlich unter den Hammer. Ob den Käufern auch der Zuschlag erteilt worden wäre, wenn die Auktionsfirma gewusst hätte, was Geistes Kind sie sind, darüber lässt sich heute trefflich spekulieren. Hupka selbst tauchte jedenfalls im Umfeld des Deals nicht namentlich auf. Stattdessen trat der Würzburger NPD-Aktivist Uwe Meenen offiziell als Käufer des Schlosses auf. Gemeinsam mit der seinerzeit in Halle/Saale wohnhaften Krankenschwester Silke Müller erhielt Meenen den Zuschlag für das Schloss. Beider Namen waren sowohl dem Auktionshaus als auch den Kreisbehörden völlig unbekannt. Ebenso wie die Tatsache, dass die Berliner Staatsanwaltschaft gegen Meenen wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt. Auf die Brisanz des Eigentümerwechsels wurde die Kreisverwaltung erst durch einen Hinweis aus dem Mag-

deburger Innenministerium aufmerksam. Zu diesem Zeitpunkt aber war der Handel schon nicht mehr rückgängig zu machen, auch wenn die letzte Rate des Kaufpreises erst einen Tag später als vereinbart auf dem Konto des Landratsamtes einging. Der Handel gilt, mussten sich die Verantwortlichen des Kreises vom Dessauer Landgericht belehren lassen.

Versehen mit einer Vollmacht Meenens, die ihn als Generalbevollmächtigten für das Gemäuer ausweist, tauchte schließlich Hupka in Trebnitz auf und begann auch bald mit ersten Umbauarbeiten. Vorzugsweise an den Wochenenden kamen überwiegend kahlköpfige Gesinnungsgenossen Hupkas nach Trebnitz, um im Schloss mit Hand anzulegen. Zumindest vorübergehend gelang es den Behörden des Landkreises, dem Treiben im Schloss einen Riegel vorzuschieben. Denn Hupka und seine Leute hatten ohne jegliche Baugenehmigung mit den Arbeiten in der denkmalgeschützten Immobilie begonnen. In Ermittlungskreisen geht man längst davon aus, dass nicht Meenen, sondern Hupka selbst der eigentliche neue Schlossherr ist, der Würzburger NPD-Mann und die Hallenser Krankenschwester lediglich als Strohfiguren fungierten.

■ Kaderschmiede der Bewegung ■

Hupkas Finanzlage scheint recht angespannt zu sein. Anders lässt sich kaum erklären, dass bereits seit Wochen alle Aktivitäten um den ehemaligen Junkersitz zum Erliegen gekommen sind. Seine Aufrufe, den Aufbau eines „Nationalen Zentrums Mitteldeutschland“ finanziell zu unterstützen, scheinen im rechtsextremen Spektrum nicht die erhoffte Resonanz gefunden zu haben. Zwar hat Hupka nach dem behördlich verhängten Baustopp noch eine Bauvoranfrage gestellt, die letztlich auch positiv beschieden werden musste. Die im Landratsamt zusammengestellten Vordrucke und Unterlagen für den offiziellen Bauantrag hat Hupka jedoch bis heute nicht abgeholt. Letztlich gibt es für die Behörden aber kaum einen Grund, die Bauarbeiten dauerhaft zu unterbinden, wenn die braunen Kameras nicht gegen Denkmalschutzaufgaben in einer zu erteilenden Baugenehmigung verstoßen.

Bernburger Behördenvertreter leiden mittlerweile unter einem wiederkehrenden Albtraum. Nämlich dem, dass Hupka für den Umbau seines Schlosses auch noch öffentliche Fördermittel beantragen könnte. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung hätten die Behörden nämlich keinerlei

Handhabe, einen solchen Antrag abschlägig zu beschneiden. So könnte das von Hupka geplante „Nationale Zentrum Mitteldeutschland“ sogar mit Hilfe finanzieller Zuschüsse des so verhassten Systems Wirklichkeit werden.

Nicht nur als zentrales Schulungs-, Konzert- und Veranstaltungszentrum sieht Hupka seine Immobilie. Sie soll auch der kommerziellen Vermarktung seiner braunen Ideologie dienen und so zur Refinanzierung der erbrachten Investitionen beitragen. Vorgesehen ist offenbar die Vermietung von Teilen des Schlosses als Wohnraum an Gesinnungsgenossen, etwa den ehemaligen „Blood&Honour“-Aktivisten Sven Liebich. Auch gastronomische Einrichtungen, eine Bibliothek sowie ein Devotionalienhandel für die rechte Szene sind offenbar geplant. Rund 2000 Quadratmeter Nutzfläche, verteilt auf drei Stockwerke, und circa 7000 Quadratmeter Grundstücksfläche bieten da noch viel umfassendere Möglichkeiten. Den Behörden, die versuchen, Skinhead-Konzerte konsequent bereits vor Beginn möglichst zu verhindern oder frühzeitig aufzulösen, würde dies deutlich erschwert. Denn das Schloss wäre als private Immobilie einem behördlichen Zugriff weitgehend entzogen.

■ Auffangorganisation für genehme NPD-Mitglieder ■

Dass der von der NPD geschasste Hupka und der NPD-Funktionär Meenen bei diesem Immobiliendeal gemeinsame Sache machen, mag nur auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen. Zum einen erhielt das braune Duo den Zuschlag für das Schloss bereits im März vergangenen Jahres, als das Verfahren für den mittlerweile rechtskräftigen Parteiausschluss noch lief. Zum anderen unterhält Hupka weiterhin vielfältige strategische Kontakte zu bestimmten NPD-Mitgliedern. In einer jüngst veröffentlichten Polemik gegen die Partei schwärmt er selbst davon dass „die 10 besten Kameraden, die man kennt, dort Mitglied sind“. Vor seinem Parteiausschluss war der eng mit den bekannten norddeutschen Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff befreundete Hupka mit dem Versuch gescheitert, mit Hilfe der von ihm mit initiierten Revolutionären Plattform (RPF) in der NPD die Partei handstreichartig in eine strikt durchstrukturierte nationalistische Kaderorganisation umzuwandeln, die sich selbst als Elite und Speerspitze einer einheitlichen nationalen Bewegung in Deutschland hätte verstehen sollen.

Was Hupka innerhalb der NPD nicht gelungen ist, will er jetzt offenbar außerhalb der Partei in die Tat umsetzen. Beobachter gehen davon aus, dass Hupka längst dabei ist, gemeinsam mit Gesinnungsgenossen neue Strukturen aufzubauen, die im Falle eines NPD-Verbotes solche Parteimitglieder auffangen sollen, die den Hupkas, Worchs und Wulffs der rechten Szene genehm sind.

Noch-NPD-Funktionär Uwe Meenen würde sicherlich dazugehören. Er ist als Aktivist des „Deutschen Kollegs“ bekannt, das ebenfalls als potenzielle Auffangorganisation für politisch heimatlose NPD-Mitglieder im Falle eines NPD-Verbotes gilt. Eine solche Auffangorganisation würde deutlich andere Akzente setzen als derzeit noch die NPD. Eine Partei herkömmlichen Sinns und erst recht deren Teilnahme an Wahlen wären aus Hupkas Sicht nichts weiteres als sinnloses Verpulvern von Finanzen und humanen Ressourcen. Hupka und seinen Freunden schwebt eher die Bildung einer streng durchstrukturierten Kaderorganisation vor, die als Speerspitze des Nationalen Widerstandes die revolutionäre Übernahme der staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Macht in Deutschland vorzubereiten hätte. Und das Schloss in Trebnitz könnte quasi über Nacht zur Schaltzentrale einer solchen Auffangorganisation und damit zu der von Hupka so ersehnten zentralen Kaderschmiede der Bewegung werden.

Eberhard Löblich

Hinweis

Braunschweig – Eine Multimedia-Schau mit dem Titel „Rechte Jugendkulturen. Zwischen Lifestyle, Clique und Partei“ hat die Braunschweiger Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt erstellt. Die Ausstellung umfasst drei beidseitig nutzbare Displaywände sowie eine kleine Displaywand. Anschaulich dargestellt werden unter anderem Drahtzieher der rechten Kultur, Musik, Neuheidentum, Medien sowie Codes und Sprache der rechtsextremen Szene. Gefördert wurde die Dokumentation aus Mitteln des Aktionsprogramms Jugend für Toleranz und Demokratie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für die Ausstellung wird eine Ausleihgebühr von 250 EUR pro Woche erhoben.

Kostenlos erhältlich zudem ist eine 60-seitige Broschüre mit dem Titel „Recht gegen Rechts. Infos – Fall-beispiele – Ratgeber“.

Kontakt: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Bohlweg 55, 38100 Braunschweig. Tel.: 0531/1233642; www.arug.de

Hintergrund**Klingende Kassen**

Im Geschäft mit rechter Musik haben deutsche Marktführer ihre Dominanz verloren. Experten gehen weiterhin von Umsätzen in Millionenhöhe aus.

Einen Strukturwandel beim Handel mit rechtsextremistischer Musik hat das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht festgestellt: Während Produktion und Vertrieb von Tonträgern bis Mitte der 90er Jahre in der Hand weniger größerer Unternehmen lag, habe sich dieses Geschäft aufgesplittert. Inzwischen versorge eine Vielzahl kleiner Vertreiber die deutsche Szene mit CDs. Die Zahl der Firmen, die solche Tonträger in bundesweit verbreiteten Listen anbieten, ist mit 40 zwar nach wie vor hoch, aber gegenüber dem Vorjahr (46) zurückgegangen. Dagegen steigt die Bedeutung von „Kleinstverbreitern“, die im Bekanntenkreis mit rechter Musik handeln. Diese Personen hätten sich, so der Verfassungsschutz, „von ausschließlich konsumierenden Szeneangehörigen zu mitverdienenden Multiplikatoren entwickelt“.

Gleichzeitig dürfte die Verbreitung entsprechender Tonträger eher gestiegen sein, nicht zuletzt durch Musikdateien (MP3), die im Internet kostenlos abrufbar sind, oder selbst gebrannte CD-Kopien, die getauscht oder weitergereicht werden. Experten gehen weiterhin davon aus, dass mit rechtsextremistischer Musik weltweit und insbesondere in Deutschland Jahresumsätze in Höhe mehrerer Millionen Euro erzielt werden. Auf umgerechnet 3,8 Millionen Euro schätzt die US-Bürgerrechtsorganisation South Poverty Law Center (SPLC) unter Berufung auf Interpol den europaweiten Jahresumsatz dieser Branche.

Der deutsche Markt ist für Vertreiber rechter Musik besonders lukrativ. Das gilt auch für den vermutlichen Weltmarktführer: das US-amerikanische Unternehmen „Resistance Records“ in Hillsboro/West Virginia. Besitzer ist William Pierce, gleichzeitig Kopf der National Alliance, der wichtigsten Neonazi-Organisation der USA, die über gute Kontakte zur NPD verfügt. Das SPLC schätzt den Jahresumsatz des Unternehmens auf über eine Million Euro und geht davon aus, dass es jährlich etwa 70 000 CDs verbreitet. Neben rechter Skinhead-Musik hat Resistance Records auch „NS

Black Metal“-Bands im Programm wie die deutsche „Absurd“. Know-how in dieser Sparte und Deutschland-Kontakte sollte offenbar der „Absurd“-Sänger, Satanist und Neonazi Hendrik Möbus in die Firma einbringen, der Ende 1999 einem deutschen Haftbefehl entgehen wollte, indem er sich auf dem Gelände der National Alliance versteckte.

Als größtes deutsches Unternehmen im Rechtsrock-Geschäft gilt nach wie vor die Brühler Firma „Rock-O-Rama Records“, die zeitweise eine monopolartige Stellung auf diesem Gebiet hatte. Zu den Marktführern zählte in den 90er Jahren auch die Langenfelder Firma „Creative Zeiten Verlag und Vertrieb“, deren Jahresumsatz der „Spiegel“ 1997 auf rund eine Million Mark schätzte. Gegründet wurde das Unternehmen, das Kernstück einer Firmengruppe, von Torsten Lemmer, dem früheren Manager der Skin-Band „Störkraft“. Inzwischen sind die Creativen Zeiten in Insolvenz gegangen oder stehen kurz davor. Herausgeber der Skin-Zeitschrift „RockNORD“, die zuvor in Langenfeld erschien, ist nun das Hildener Unternehmen Multimedia Verlagsgemeinschaft Rheinland (VGR). An der VGR hält Lemmer zwar keine Geschäftsanteile, der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen geht aber davon aus, dass er nach wie vor erheblichen Einfluss auf die Firma ausübt.

CDs mit rechter Musik erscheinen in Deutschland in beachtlichen, gemessen am Big Business der Rock-Industrie aber begrenzten Auflagen, die zwischen 2000 und 5000 Exemplaren liegen. Typisch ist die Auflage von „Frühwerke Edition Teil I“ des NPD-Barden Frank Rennie. Wegen des darauf enthaltenen „Heimatvertriebenenliedes“ hat das Amtsgericht Böblingen Rennie im November 2000 wegen Volksverhetzung verurteilt. Das Gericht ging davon aus, dass der Liedermacher das Album 3631-mal verkauft und mit dieser und der CD „Auslese“ sowie einem Liederbuch, die das „Heimatvertriebenenlied“ enthielten, einen Umsatz von 70 450 Mark erzielt hat. Szene-Bestseller wie die Scheiben der Berliner Neonazi-Kultband „Landser“ dürften in einer Auflage von bis zu 20 000 Stück erscheinen, schätzt Christian Dornbusch von der Forschungsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf. Die CD „12 Doitsche Stimmungshits“ der Band „Zillertaler Türkenjäger“, die bekannte Pop- und Schlagermelodien mit aggressiv-rassistischen Texten versehen hatte, ließ sich nach Angaben von Klaus Farin, Leiter des Berliner Archivs für Jugendkulturen, sogar 40 000-mal verkaufen.

Thomas Pfeiffer

Verfassungsschutz

Umstrukturierungen

Die NPD büßt in Sachsen und Thüringen Mitglieder ein – Skinheads und Kameradschaften haben Zulauf.

Das rechtsextreme Spektrum in Sachsen verfügt weiterhin über große Anziehungskraft. Mit 150 Neuzugängen ist das Potenzial auf 3300 Personen angestiegen, bilanziert der aktuelle Landesverfassungsschutzbericht. Mehr als 45 Prozent davon sind mittlerweile den militanten Rechten zuzurechnen, die auf rund 1500 Anhänger geschätzt werden, davon 900 rechtsextreme Skinheads (Vorjahr: 800). Ein deutlicher Zuwachs ist bei den Kameradschaften erkennbar, die sich im Berichtszeitraum 2001 um 200 auf 600 Aktivisten verstärkt haben. Rund 35 Kameradschaften, die sich auch als Teil des „Nationalen Widerstands“ begreifen, haben die Behörden gezählt. Nach Einschätzung der Verfassungsschützer ist die rechtsextreme Szene im Freistaat aktiver geworden und heute stärker von „subkulturell geprägten militanten“ Skinheads und Kameradschaften geprägt. Eine Schwerpunktregion bildet nach wie vor die Sächsische Schweiz – auch nach dem Verbot der als kriminelle Vereinigung eingestuften Gruppierung Skinheads Sächsische Schweiz, deren Mitglieder sich ab August vor Gericht verantworten müssen. Als wichtigstes Bindeglied des subkulturellen Rechtsextremismus in der Region Südostsachsen machen die Behörden den Nationalen Jugendblock Zittau aus (s. Seite 8).

Insbesondere junge Leute wendeten sich von der NPD, die ihre zentrale Bedeutung innerhalb der rechtsextremen Szene des Freistaats verliere, ab, wird festgestellt. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen würden auch zunehmend von anderen rechtsextremen Gruppierungen durchgeführt, heißt es. An die 100 Anhänger büßte der einstmals 1400 Personen starke NPD-Landesverband im vergangenen Jahr ein (aktueller Stand rund 1000). Ihren Mitgliederstand halten konnten Republikaner mit 350 und DVU mit 500 Mitstreitern. Die Verfassungsschützer verweisen auf eine Erklärung der sächsischen REP-Landesvorsitzenden, wonach „Gespräche mit konkurrierenden, rechten Parteien nicht gescheut werden“ dürften. Sowohl REP- als auch DVU-Mitglieder hätten gemeinsam mit der NPD an einer Demonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) in Dresden teilgenommen, hält

der Bericht fest. Bei der JLO bestehen nach Ansicht des Landesverfassungsschutzes Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen, die sich im Berichtszeitraum weiter verdichteten. Deutlich sei eine Hinwendung zur NPD erkennbar, wobei auch personelle Verflechtungen bestünden. Bundesweit an der Spitze liegt Sachsen, was die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten (85) anbelangt (62 im Jahr 2000). Dieser Trend scheint sich leider fortzusetzen: Im Mai wurden bundesweit 20 Personen durch rechte Gewalttäter verletzt, die Hälfte davon in Sachsen, berichtete die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke.

Angaben des thüringischen Innenministers Christian Köckert (CDU) zufolge war bei den rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2001 ein leichter Abwärtstrend zu verzeichnen. Insgesamt wurden von Rechten 1313 Delikte verübt. Mit den offiziell vermeldeten rechtsextrem motivierten Gewalttaten liegt Thüringen bundesweit jetzt statistisch an dritter Stelle (im Vorjahr an erster).

Nach Angaben des Landesverfassungsschutzes stagniert das extrem rechte Potenzial bei etwa 1600 Personen, wobei sich auch in Thüringen das Pendel dem militanten Spektrum zuneigt. Die Größenordnung der nicht organisierten Neonazis und Skinheads ist mit 400 beziehungsweise 350 Anhängern gleichgeblieben. Einen Zuwachs konstatieren die Verfassungsschützer aber beim neonazistischen Thüringer Heimatschutz (THS), dessen Sektion Eisenach als „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen“ auftritt. Der lose strukturierte THS, dem rund 170 Aktivisten (plus 10) wie auch ein „erweiterter Sympathisantenkreis“ zugerechnet werden, gilt als „Bindeglied“ zwischen der freien Neonaziszene sowie der NPD und den Jungen Nationaldemokraten. Verknüpfungen bestehen ebenso direkt in die Skinheadszenen. Drei THS-Funktionäre gehören dem thüringischen NPD-Landesvorstand an, der seinerseits nach wie vor eine „Schnittstelle“ zur Neonaziszene darstellt. Erkenntnissen der Verfassungsschützer zufolge ist der thüringische NPD-Landesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt bestrebt, „‘nationale Kräfte’ für die Ziele der NPD zu bündeln“. Die thüringische NPD unterliegt einem deutlichen Schrumpfungsprozess und soll nach amtlichen Angaben auf 180 Personen (2000: 260) zurückgefallen sein; auch die JN büßten an die 20 Anhänger ein. Nicht ganz so stark gebeutelt wurden die Republikaner, die sich auf 170 (minus 20) Mitstreiter reduzierten. Lediglich die DVU konnte ihren Vorjahresmitgliederstand von 200 halten. G.N.

Aktivitäten**Haus für Neonazis**

Der Nationale Jugendblock Zittau e.V. darf sein von der Stadt gefördertes Domizil behalten – entgegen Warnungen des sächsischen Verfassungsschutzes.

Mit zwei weiteren Gesinnungsfreunden wollte Holger Müller an diesem 5. Juli wieder einmal Zittau „ausländerfrei“ machen. Als man auf drei Mosambiquaner traf, drohte Müller mit einem Messer. Der Attackierte konnte das Messer abwenden, so dass der Neonazi durch eigene Hand starb. Seine geflüchteten Begleiter, die keine medizinische Hilfe organisierten, werden von einem Gericht der unterlassenen Hilfeleistung schuldig gesprochen. Dem Angegriffenen wurde Notwehr zugestanden.

Seit zehn Jahren hat die rechte Szene in Zittau und der weiteren Umgebung einen „Martyrer“, an den sie seitdem fast jährlich mit einem Gedenkmarsch erinnert. Bevor die NPD die Ausrichtung übernahm, war der Organisator der Nationale Jugendblock e.V. Die „aktive neonationalsozialistische Organisation“, so das sächsische Innenministerium, bekam bereits kurz nach seiner Gründung Ende Dezember 1991 von der Stadt einen Mietvertrag über ein Haus in der Südstraße. Im Verfassungsschutzbericht ist der NJB regelmäßig aufgeführt. Und auch das Führungspersonal wurde immer wieder auffällig. So sandte der frühere NJB-Chef vom hauseigenen Fax die Schrift „Schluss mit der Holocaust-Lüge“, blieb aber auch nach der Verurteilung, unter anderem wegen Volksverhetzung, im Amt. Alexander Pakiet, der als neuer Vorsitzender als Beleg für den Wandel des Vereins dienen soll, nahm an dem NPD-organisierten Gedenkmarsch im letzten Jahr teil. Er trug zusammen mit Holger Zimmermann von der Kameradschaft „Odins Legion“, die im Nachbarort Glossen einen Jugendclub unterhält, das Fronttransparent. Diese und weitere NPD-NJB-Aktionen lassen Zweifel an der Aussage des Oberbürgermeisters Arnd Voigt (Freie Wähler) aufkommen, beide Organisationen stünden sich eher konfrontativ gegenüber und der NJB würde seit Jahren an den Gedenkmärschen nicht mehr teilnehmen. Im Mai vergangenen Jahres wurde während einer „Woche des Nationalen Widerstands“ nach einer Feier im NJB-Haus ein Mann derart schwer verletzt, dass er nur durch das schnelle Eingreifen eines Arztes gerettet werden konnte.

In einer Einschätzung des Dresdner Innenministeriums heißt es über den NJB: „Der Verein pflegt zum Teil überregionale Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und zur Skinheadszene und entwickelte sich zu einem bedeutsamen Bindeglied der Rechtsextremisten in Ostsachsen.“ Der Nationale Jugendblock habe „innerhalb der rechtsextremistischen Skinheadszone bundesweit einen hohen Stellenwert.“

Nach den Jahren der Duldung, Unterstützung und Subventionierung durch Stadt und Landkreis sah es dann im vergangenen Jahr fast nach dem Ende der Bleibe aus, als ein Wochenmagazin über das Treiben in Zittau berichtete. Der Vermieter stellte fest, dass die Essen abgerissen werden müssten und das Dach marode sei. Nach dem Scheitern aller Verhandlungen zur Sanierung, wurde die Kündigung zum Ende Juli ausgesprochen. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt bot an, bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten behilflich zu sein, ein Privatier wollte eine Villa im Stadtzentrum zur Verfügung stellen. Im vergangenen Oktober sollte dann aber schließlich ein Erbbaupachtvertrag mit dem NJB für das Haus in der Südstraße über 33 Jahre geschlossen werden, was jedoch vom Landratsamt als rechtswidrig zurückgewiesen wurde. Anfang 2002 wurde dann nochmals die Duldung für die Mieter der Südstraße bis Ende Mai verlängert, fast ein Jahr nach der Kündigung. Nach einigem Hin und Her hat jetzt der Zittauer Stadtrat auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, dass die Neonazis die Immobilie für die nächsten zwölf Jahre pachten können. An diesem in geheimer Abstimmung (15 gegen elf Stimmen bei zwei Enthaltungen) verabschiedeten „Geburtstagsgeschenk“ zum Zehnjährigen des Hauses in der Südstraße konnte auch der kurz zuvor eingegangene Brief des Landesverfassungsschutz-Präsidenten Reinhard Boos, der vor einer weiteren Verfestigung der rechtsextremen Szene in Ostsachsen warnte, nichts mehr ändern.

Auch in der bundesweiten rechten Szene wurde die weitere Förderung des „Führungsbunkers der Oberlausitz“ (so der ehemalige Zittauer Sozialdezernent Klaus Zimmermann, SPD), die erstmalige vertragliche Bindung zwischen einer Kommune und einer Naziorganisation, mit großer Freude aufgenommen und zur Nachahmung empfohlen. Ein Gedanke, der von „Jungnationalen“ in Jena aufgegriffen wurde. Und am Samstag, den 6. Juli marschierten NJB-Aktivisten gemeinsam mit 60 anderen Rechtsextremisten zum „Holger-Müller-Gedenkmarsch“ durch Zittau.

Lukas Kilian

Aktivitäten

Vernetzte Stränge

Auf den Internetseiten des rechtsextremen Bündnis Rechts findet sich ein Angebot für jeden Geschmack.

Mittlerweile ist auch die Webpräsenz des rechtsextremen Bündnis Rechts über den amerikanischen Neonazi Gary Lauck registriert (vgl. BNR 13/02). Die bisherige einst von Jens Siefert technisch betreute .DE-Domain dient nur noch als Weiterleitungsadresse zur neuen Domain und ist nach wie vor registriert auf den wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen vorbestraften Vorsitzenden des Bündnis Rechts, Dieter Kern.

Weitere .DE-Domainnamen für das Bündnis Rechts (BR) sind registriert auf die Firma „DE Webdesign Marketing & Vertrieb“. Hinter DE Webdesign steht der einschlägig vorbestrafte Dennis Entenmann aus dem fränkischen Iphofen. In einem offenen Brief, mit dem er sich zu den Vorwürfen, dass er „Kameraden abzocken will“ äußert, erklärt Entenmann: „Ich mache meine politische Arbeit ... und meinen Kampf führe ich nach meinem besten Gewissen“. Diesen Kampf scheint er auch beim Webauftritt des BR zu führen, der offenbar von ihm betreut wird. Darauf deutet auch die Startseite hin, die Surfer mit wechselnden Bildern von einer rechtsextremen Demonstration in Lübeck „begrüßt“ – wie mit dem Transparent des BR Bayern mit der Aufschrift: „Deutschland – Liebe oder verlasse es!“

Am Seitenende sind mehrere Links eines „LinkTausch Germania“ aufgereiht, die in scheinbar wechselnder Zusammensetzung eingeblendet werden. Laut Impressum des Ringtausches handelt es sich um ein Angebot des Bündnis Rechts. Angeblich diene dieser Dienst dazu, „absolut kostenlos auf mehreren anderen Seiten für Ihre Netzseite zu werben. Im Gegenzug blenden Sie auf Ihrer Homepage eigene Textlinks von anderen Seiten ein“. Neben Verweisen auf besagten Linktausch gibt es dabei in wechselnder Anzahl Links zu pornografischen Angeboten, bei denen der „Netzmeister“ des BR offenbar Geld für die Klicks bekommt, sowie den Verweis zu einer scheinbar unpolitischen SMS-Seite, die von der Firma „EnTex Internet-Leistungen“ aus Kitzingen betrieben wird, einer Umbenennung der DE Webdesign, hinter der nunmehr Entenmann und Oliver Dietsch stehen.

Verlinkt wird von der Seite des Bündnis Rechts auf diverse NPD- und Kameradschaftsseiten ebenso wie auf strafrechtlich relevante Webseiten wie das antisemitische „National Journal“, der russischen Pamjat oder dem „Weissen Wolf“. Verbreitet werden auch die BR-Pressemitteilungen, deren presserechtliche Verantwortung bei Ingo Stawitz (Ex-DLHV, Ex-NPD) liegt. Zu finden sind ferner Formulare zum Ausdrucken, mit denen man sich online um eine Mitgliedschaft bewerben oder an der so genannten „bundesweiten nationalen Kontaktecke“ partizipieren kann, die „zur Bündelung Nationaler Kräfte“ dienen soll.

Weitere Seiten enthalten diverse rechtsextreme Veranstaltungstermine und bieten Platz für „Veröffentlichungen von Einzelpersonen, Vereinen, Parteien usw.“. Hier sind unter anderem Texte zu finden von Per Lennart Aae (Ex-NPD-Vorstandsmitglied) und Ferdinand Neitzert vom Arbeitskreis Demokratiereform – über einen längeren Zeitraum wären auch Beiträge des rechtsextremen Publizisten Rolf-Josef Eibicht abrufbar. Beworben wird mit einigen Bildern und Bestellschein auch das BR-Organ „Lübscher Aufklärer“, der nach offizieller Lesart in unbekannter Auflagenhöhe produziert wird. Genauso schlicht ist die Darstellung der acht Landesverbände, im Wesentlichen bestehend aus Postanschrift, Telefonnummer und meist einer Ansprechperson. Die fehlt beim bayerischen Landesverband, stattdessen ist dort ein Postfach in Iphofen angegeben, wo auch die bayerische Ausgabe des BR-Infotelefon betriebe wird.

Für den Hamburger Landesverband wird als Ansprechpartner Detlev Brüel (ehemals ANS-Aktivist) genannt, ehemaliger FAP- und ANS-Aktivist, der 1990 bei einem Zeltlager der Wiking-Jugend in Hetendorf einen Fotografen mit einem Messer attackierte. Als Ansprechpartner des hessischen Landesverbandes ist der 27-jährige Berndt Tödter aus Kassel angegeben, gegen den auch wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und anderer Delikte ermittelt wurde. Tödter, der mehrere Jahre unter anderem wegen Körperverletzung einsaß, ist Betreiber der Webseiten des BR Hessen und der Kameradschaftsseite Sturm 18 Cassel, auf der zum Sammeln von Informationen über politische Gegner aufgerufen und Ausländer verunglimpft wurden. Vor wenigen Monaten sorgte Tödter für Schlagzeilen, als er von einem Sondereinsatzkommando der Polizei erst festgenommen werden konnte, nachdem diese seine Kampfhunde erschossen hatte.

Rudolf Kleinschmidt

Aktivitäten**Auftritt abgebrochen****Fiasko beim „Signal“-Pressefest**

Seit mehreren Jahren war das Pressefest der rechtsextremen Zeitschrift „Signal“ ein Anziehungspunkt der gesamten rechten Szene. Schließlich kamen dort Funktionäre sämtlicher ansonsten zerstrittener extrem rechter Gruppen zusammen. Am 29. Juni dieses Jahres war es in Köln wieder mal soweit. Doch erstmals wurde dem umtriebigen Multiaktivisten Manfred Rouhs eine empfindliche politische und finanzielle Niederlage beschert.

Schon im Vorfeld musste der „Signal“-Herausgeber und Funktionär der rechten Bürgerbewegung Pro-Köln auf den zunächst vorgesehen zentralen Festplatz am Kölner Heumarkt verzichten und ins außerhalb der Stadt gelegene Widdersdorfs ausweichen. Doch es sollte noch schlimmer kommen. Beim Bühnenaufbau am Vorabend des Festes wurde Rouhs mit Knüppeln und Reizgas angegriffen und musste ambulant versorgt werden. Auf eigene Gefahr verließ er das Krankenhaus. Schließlich ist er als Organisator des Pressefestes unabkömmlich.

Die beiden langjährigen rechtsextremen Multifunktionäre Alfred Mechtersheimer und Harald Neubauer waren von Rouhs als Hauptredner gewonnen worden. Mechtersheimer hat sich nach seinem kurzen Gastspiel als parteiloser Abgeordneter der Grünen zum nationalpazifistischen Flügelmann der Rechten gemausert. Ebenso wie Neubauer, Mitherausgeber von „Nation&Europa“, träumt er von einer Einigung der zersplitterten Rechten. Die Mehrzahl des spärlich eintreffenden Publikums des Pressefestes allerdings waren Skins, die an den Reden wenig Interesse zeigten und auf den angekündigten Auftritt der Bands „Nordwind“, „Eskil“ und „In Memoriam“ warteten. Doch der fiel aus, weil „Nordwind“ kurzfristig den Auftritt verweigerte und die Instrumente wieder einpackte. Er spiele nicht bei Regen, erklärte der Sänger Ronald Haser bei strahlendem Sonnenschein. Das Fest musste vorzeitig abgebrochen werden, das Publikum war wütend und Rouhs kündigte einen Vertrag über die Produktion und den Vertrieb von Tonträgern von „Nordwind“ fristlos. „Herr Haser und seine Mannschaft haben das patriotische Spektrum vor dem politischen Gegner lächerlich gemacht“, schreibt Rouhs im Internet. *Peter Nowak*

Grauzone**„Kamerad“ Fuchs****Ranghoher Jurist mit Herz für Ex-Angehörige der Waffen-SS.**

Der unlängst im Alter von 82 Jahren verstorbene Helmut Fuchs, einer der ranghöchsten Juristen der Bundesrepublik Deutschland, pflegte offenbar unbemerkt von der Öffentlichkeit über Jahrzehnte hinweg Kontakte zu ewiggestrigen Kreisen. Darüber berichtet die Waffen-SS-treue Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ in ihrer aktuellen Ausgabe.

Helmut Fuchs, vormals Präsident des Verwaltungsgerichtshofs (bis 1985) und Präsident des Staatsgerichtshofs (bis 1991) in Baden-Württemberg, wird in dem rechtsextremen Blatt im Szeneargon als „Kamerad“ bezeichnet. Der Leserschaft wird mitgeteilt, dass sich Fuchs 1939 freiwillig als Soldat zur Waffen-SS meldete und in den Reihen der 7. Leibstandarte SS Adolf Hitler kämpfte. Nach 1945 gehörte Fuchs dem Kameradschaftsverband der Soldaten des 1. Panzer-Korps der ehemaligen Waffen-SS. e.V. an und engagierte sich für die Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG) als „unser Rechtsberater und Verhandlungsführer bei den zuständigen Bonner Regierungsstellen in unserem Bestreben, unsere Gleichberechtigung mit den Soldaten der Wehrmacht zu erreichen“. In dem Blatt „Der Freiwillige“ heißt es dazu noch: „Zusätzlich zur Gleichbehandlung von Beschädigten und Hinterbliebenen konnten dank der hervorragenden fachlichen Verhandlungsführung von Helmut Fuchs ... Zugeständnisse erreicht werden.“

Beratend stand Fuchs auch dem HIAG-Sozialwerk „Paul Hauser“ zur Seite. In seinem Nachruf auf Helmut Fuchs schreibt „Der Freiwillige“: „Unsere Gemeinschaft und auch unser Vaterland hat eine herausragende Persönlichkeit verloren, wie sie uns nur selten vergönnt ist.“ 1991 wurde der Ex-Waffen-SS'ler Helmut Fuchs, der sich in den höchsten Ämtern der Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit Baden-Württembergs „große Verdienste und höchste Anerkennung“ (Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtshofs) erworben hatte, vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. *Anton Maegerle*

Grauzone**Aggressivere Töne**

Die Deutsche Partei geht in die Offensive – auch in Bremen steht sie in den Startlöchern.

Im nächsten Jahr wird in Bremen die Bürgerschaft, also das Landesparlament gewählt. Dann will auch die weit rechts stehende Deutsche Partei (DP) in den Startlöchern stehen. „Wir werden mit einer eigenen Liste antreten“, kündigt Reinhold Thiel an. Er wurde auf dem jüngsten Bundesparteitag der DP mit dem Aufbau einer Gliederung im kleinsten Bundesland beauftragt. Diese Order ist Teil einer Offensive, mit der die DP in Deutschland politischen Einfluss zurück gewinnen möchte.

Zuletzt kostete die Deutsche Partei von 1949 bis 1961 von der Macht. Sie war mit Abgeordneten im Bundestag vertreten, hatte Minister in Bundesregierungen und war auch an verschiedenen Landesregierungen beteiligt. In Niedersachsen stellte sie sogar von 1955 bis 1959 den Ministerpräsidenten: Heinrich Hellwege hieß dieser Regierungschef. Nach den Bundestagswahlen 1957 begann allerdings der Niedergang der Deutschen Partei. Dieser Prozess zog sich bis Anfang der sechziger Jahre hin. Damals liefen zahlreiche Mandatsträger der DP zur CDU über. Rund zehn Jahre später hielt die DP nur noch in Bremen und Niedersachsen die Fahne hoch.

■ **„Die deutsche Identität wahren“** ■

Die Neugründung der Partei auf Bundesebene erfolgte 1993. Zurzeit bilden Hamburg und Bremen einen Landesverband, den Dieter Mansen leitet. Doch dank Thiel soll Bremen schon bald mit einem eigenen Landesverband „glänzen“. Dabei dürfte der 57-jährige Lehrer nicht zuletzt seine guten Beziehungen in Vertriebenen-Kreise zu nutzen versuchen. Reinhold Thiel fungiert nämlich als Vorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft in Bremen und stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften (BdV) in der Hansestadt.

Während des Parteitages im April 2001 im hessischen Fulda, auf dem Thiel mit seinem wichtigen Mandat ausgestattet wurde, wurden auch in ande-

rer Hinsicht Weichen gestellt. Die Delegierten verabschiedeten einen programmatischen Leitantrag. Der DP-Parteitag sagte auf diesem Wege der „Vermischung der Kulturen auf deutschem Boden“ den Kampf an. Denn sie widerspreche dem Ziel, „die deutsche Identität (...) in Kultur, Sprache und Traditionen zu wahren“. Auch für die Spaß- und Freizeitgesellschaft hat die DP keinen Deut übrig: Sie sei „eine Illusion und gefährdet die Überlebensmöglichkeit unseres Volkes“. Ein weiteres Verlangen der Deutschen Partei ist „die Rückführung möglichst vieler Ausländer in ihr Heimatland“. Solche Forderungen kann man sich aus DP-Sicht inzwischen erlauben. Denn: „Das deutsche Volk hat für seine Schuld an der Vergangenheit genug gebüßt und bezahlt.“

■ **„Krankhafte Selbsterniedrigung“** ■

Die aggressiver gewordenen Töne bei der Deutschen Partei, die 1945 zunächst als Niedersächsische Landespartei (NLP) gegründet wurde und 1947 ihren aktuellen Namen erhielt, werden dem neuen Bundesvorsitzenden Heiner Kappel wohl gefallen. Er steht seit 2001 an der Spitze der Partei. Vor diesem Bundesvorsitzendenamt hatte der ehemalige hessische FDP-Landtagsabgeordnete schon eine andere Partei angeführt, und zwar bis zum – für sie bitteren – Ende. Der gelernte Theologe Kappel war nämlich Chef des Bundes Freier Bürger (BfB) und als solcher Nachfolger von Manfred Brunner, der inzwischen wieder in den Schoß der FDP zurückgekehrt ist. Der BfB löste sich Ende 2000 auf. Noch kurz vor dem Exitus des Bundes freier Bürger machte Kappel dem Bundesparteitag der Republikaner seine Aufwartung. Er hielt dort ein Referat und bekannte sich unter anderem dazu, sich als „Freund unter Freunden“ zu fühlen.

Als BfB-Bundesvorsitzender war Kappel kein Freund moderater Töne, und als DP-Vormann hat er sich anscheinend nicht geändert. So schreibt Kappel auf den Internet-Seiten der DP (auf denen Werbung für die vom Verfassungsschutz beobachtete Wochenzeitung „Junge Freiheit“ betrieben wird) mit Blick auf die angebliche Gemütslage der Deutschen: „Die geradezu krankhafte Selbsterniedrigung des eigenen Volkes ist zum Ritual geworden, genau so wie die erbärmliche Anbiederung vor aller Welt.“ Und er ergänzt: „Wenn die Entwicklung so (...) weiter geht, wird Deutschland und das deutsche Volk keine Zukunft mehr haben.“

Thomas Klaus

Demokratische Initiativen**Hilfe für NS-Opfer**

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Opfer hat wirksame Unterstützung bei der Zwangsarbeiterentschädigung geleistet.

Länger als ein halbes Jahrhundert haben sie gewartet. Die Hoffnung, doch noch irgendwann für ihre gnadenlose Ausbeutung entschädigt zu werden, schwand und tendierte schließlich gegen Null. Dann kam vor gut einem Jahr der Durchbruch. Der Bundeskanzler machte die Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter zur Chefsache. Die Regierung stellte fünf Milliarden Mark bereit und forderte die deutsche Wirtschaft auf, den gleichen Betrag beizusteuern. Nach vielen Mahnungen kam das Geld nach und nach zusammen. Otto Graf Lambsdorff, vom Kanzler zum Verhandlungsleiter gemacht, leistete gute Arbeit. Die Auszahlung hätte beginnen können, wenn ... Ja, wenn die Opfer beweisen konnten, von wann bis wann sie wo Zwangsarbeit leisten mussten. Das erwies sich in zahllosen Fällen als nahezu unmöglich. Im Laufe der Jahrzehnte war etliches verloren gegangen. Uralte Bescheinigungen auf miserablen Papier hatten sich schlicht aufgelöst. Die Schwierigkeiten schienen unüberwindbar, Resignation löste erste Hoffnungen ab.

Da wurde in Köln eine Stiftung aktiv, die zuvor weitgehend unbeachtet gearbeitet hatte: Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte. Der war bereits während der Verhandlungen in Deutschland und den USA immer wieder durch kritische Fragen und Vorschläge aufgefallen. Jetzt hat der Verband in Köln seine erste Jahresbilanz vorgelegt und die kann sich sehen lassen, zumal der Verband mit bescheidensten personellen und materiellen Mitteln auskommen muss.

Hans Otto Bräutigam, Vorstand der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, die der Bund und die Wirtschaft zur Entschädigung gegründet haben, sagte während eines Empfangs in Köln: „Dies ist eine Arbeit, deren Erfolg nicht in Zahlen messbar ist. Jeder einzelne Nachweis, der gefunden wird, lohnt die Anstrengung. Wir schulden sie den noch lebenden Zwangsarbeitern.“ Das waren ursprünglich mal zehn Millionen gegen Ende der Nazizeit. Die meisten leben nicht mehr, aber viele Zehntausend gibt es noch. Sie sind alt, arm, oft behindert oder

krank und nur selten in der Lage, die komplizierten und langen Fragebögen auszufüllen. „In der Beratungsstelle haben wir mit NS-Zwangsarbeitern diese Fragebögen gemeinsam ausgefüllt ... Besonders begehrt war in diesem Jahr das Beratungstelefon“, heißt es im jetzt veröffentlichten Jahresbericht. Der 31. Dezember 2001 war der Stichtag, bis zu dem die Anträge gestellt werden mussten. Wer sich später meldete, hatte keine Chance mehr. Der Bundesverband hat deshalb rechtzeitig in einem Rundbrief alle ihm bekannten Opfer aufgefordert, den Termin einzuhalten. „Bis zum 31.12.2001 gingen 127 000 Anfragen bei der Verteilstelle ein. Davon konnten aus den oben genannten Gründen nur 65 Prozent bearbeitet werden. 32 Prozent mussten wegen unvollständiger Angaben an die Partnerorganisationen zurückgeschickt werden.“ Mit den „oben genannten Gründen“ meint der Bundesverband Firmenarchive, die offensichtlich nur selten bereit sind zu helfen, wenn Nachweise gesucht werden. Im Gegensatz dazu lobt der Bundesverband das Bundesarchiv und den Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes (IST) in Bad Arolsen als „sehr konstruktive Mitstreiter“, wenn Nachweise beschafft werden müssen. Das ist beim IST insofern erstaunlich und zu begrüßen, als er sich viele Jahre lang Forschern und Journalisten gegenüber äußerst zurückhaltend verhalten hat. Inzwischen arbeitet der Bundesverband in Köln mit 17 Landeskoordinierungsstellen und fast 200 weiteren Archiven zusammen, um Nachweise zu beschaffen.

Seine Arbeit hat der Verband allerdings nicht darauf beschränkt. Eher nebenbei wird in dem Jahresbericht darauf verwiesen, dass er es war, der einen Ausgleich für gewaltige Verluste beim Umtausch von 1 325 Milliarden DM in polnische Zloty aufgedeckt hat. Dabei waren der Stiftung mehr als 100 Millionen DM verloren gegangen.

Gemeinsam mit IG Metall-Chef Klaus Zwickel und dem Vorsitzenden des verdienstvollen Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie, Hans Koschnik, setzte sich Lothar Evers mit einer Aktion dafür ein, endlich mit der Auszahlung von Entschädigungsgeldern zu beginnen – mit Erfolg, wie mittlerweile bekannt ist. Dazu bedurfte es allerdings offenkundig erst einer Mahnwache in Berlin und dann der Hilfe der Bundespressekonferenz.

Heiner Lichtenstein

**Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte: Holweiderstraße 13-15, 51065 Köln,
Tel. 0221 / 1792940, Fax. 0221 / 17 92 94 29,
www.nsberatung.de**

Bücherschau

Schnittmengen

Rechtsextremismus existiert nicht am Rande der Gesellschaft und losgelöst von der Mehrheitskultur. Vielmehr lässt sich ein Wechselverhältnis und Zusammenhang von extremistischer Rechter und gesellschaftlicher Mitte ausmachen. Von dieser Annahme ausgehend wollten der Kölner Politologe Christoph Butterwegge und ein Team jüngerer Wissenschaftler damit zusammenhängende Interaktionen untersuchen. In dem Buch „Themen der Rechten – Themen der Mitte“ fragen sie einerseits, ob Rechtsextremisten ihre Agitation durch Anleihen beim öffentlichen Diskurs umsetzen und welche Wirkungen sie dabei entfalten und andererseits, ob die politische „Mitte“ zunehmend Problemstellungen aufgreift, die zuerst nur in rechtsextremen Kreisen erörtert worden seien (vgl. S. 7). Die neun Aufsätze des Bandes gliedern sich in drei Kapitel.

Zunächst geht es um „Zuwanderung in der Diskussion“ mit Beiträgen über die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre, die Berichterstattung über Zuwanderung in der Arbeitgeber- und Gewerkschaftspresse sowie um die Thematisierung der Ausländerpolitik in rechtsextremen Medien. Der folgende Teil „Diskurse zu (Leit-)Kultur, Nation und Volk“ enthält Fallstudien zu den angesprochenen gemeinsamen Themen der „Rechten“ und der „Mitte“ bezogen auf die Auseinandersetzung über die „Leitkultur“, den „Nationalstolz“, die Vertriebenen und die demographische Entwicklung. Unter der Überschrift „Rechtsextremismus im Zerrspiegel von Wissenschaft, Politik und Medien“ finden sich eine Kritik der Wahrnehmung des Rechtsextremismus als gesellschaftliches Randproblem und eine Untersuchung der Rechtsextremismus-Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen. Die inhaltliche Kernaussage der Aufsätze mündet in der Hauptthese des Buches, wonach es immer mehr ideologische Schnittmengen beziehungsweise Überlappungen zwischen Themen der Rechten und solchen der Mitte gebe (vgl. S. 7).

Formal und inhaltlich lässt sich Folgendes anerkennend hervorheben. Die einzelnen Beiträge wurden aus einer Fülle von Material und Quellen abgeleitet und stellen somit keine essayistischen „Schnellschüsse“ dar. Zutreffend kritisieren die Autoren die Fixierung von Medien und Politik auf die Gewaltdimension von Rechtsextremismus oder

die besonders aggressiv auftretenden Akteure dieses politischen Lagers. Diese eingeschränkte Perspektive blendet in der Tat die Frage nach der Einbettung der unterschiedlichen Facetten des Rechtsextremismus in der Gesellschaft ebenso aus wie die nach seinen gesellschaftlichen Bedingungsfaktoren und Ursachen. Der zutreffende Hinweis auf die gemeinsamen Themen von „Mitte“ und „Rechter“ lässt die Autoren allerdings die dabei ebenfalls deutlichen Unterschiede ignorieren. Zugespielt formuliert: Der kritisierten Einseitigkeit stellen sie die Einseitigkeit ihrer Perspektive gegenüber.

Hier müssen denn auch Einwände formuliert werden: Zutreffend konstatieren die Autoren thematische Schnittmengen von „Mitte“ und „Rechter“, ob es sich dabei aber auch um ideologische Schnittmengen handelt, wird häufig nicht differenzierter erörtert. Die Problematik sei an einem Beispiel erläutert: Hinsichtlich der Auffassung, es bedürfe einer Einschränkung der Zuwanderung, besteht zweifellos eine Gemeinsamkeit von „Mitte“ und „Rechter“. Sind aber die Motive für diese Einstellung identisch? Bei den Rechtsextremisten wurzelt die Auffassung in einer Überbewertung (eigener) ethnischer Zugehörigkeit und der Ideologie der Ungleichheit. Lässt sich diese Grundauffassung auch für die politische „Mitte“ behaupten und nachweisen? In diesem Falle müsste sie auch dem Rechtsextremismus zugeschlagen werden. In einem gegenteiligen Fall – der wohl der Wahrscheinlichere ist – sollte aber die Gemeinsamkeit von Themen von einer Gemeinsamkeit von Positionen unterschieden werden.

Armin Pfahl-Traugber

Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002 (Leske + Budrich), 289 Seiten, 14,80 EUR.

Hinweis

Berlin – Mit den jüdischen Kinder in Italien, die von den italienischen Behörden durch Internierung vor der Deportation gerettet wurden, befasst sich am 20. August eine Veranstaltung im Jüdischen Kulturverein Berlin. Die Bildhauerin Ingeborg Hunzinger, die die NS-Zeit im italienischen Exil verbrachte, präsentiert dazu ihre neue Skulptur „Die verlorene Melodie“. Der Historiker Klaus Voigt stellt sein Buch „Villa Emma - jüdische Kinder auf der Flucht“ vor.

Dienstag, 20. August um 19.00 Uhr im Jüdischen Kulturverein Berlin e.V., Oranienburger Straße 26, 10117 Berlin, Tel. 030 / 2826669, Fax - / 28598053.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – Die NPD macht sich Sorgen, dass ihr Wahlergebnis am 22. September noch dürftiger wird, weil mit der Schill-Partei eine neue Konkurrenz um Stimmen vom rechten Rand buhlt. „Wenn ein Mann, der kein Politiker ist eine Partei führt, die keine Partei ist, kann dabei nichts rauskommen, was Deutschland verändert“, warnt die NPD potenzielle Rechtswähler davor, bei der Bundestagswahl für Schill zu votieren. Die Nationaldemokraten, die selbst in den letzten Monaten von internen Problemen geschüttelt wurde, halten der Schill-Partei nun vor, sie verfüge über „kaum einen funktionierenden Landesverband. Austritte und gegenseitige Anschuldigungen häufen sich“. Eigentliche Absicht des „Wahlantritts der bunten Schill-Truppe“ sei es, der NPD zu schaden.

■ **Berlin** – Das Landgericht Berlin verurteilte am 20. Juni den 23-jährigen Rechtsextremisten Jill-Pierre Manuel G. wegen der Einfuhr von neonazistischer Propaganda zu einer Geldstrafe in Höhe von 1800 Euro. Einem Zöllner am Flughafen von Frankfurt/Main war am 1. Februar des vergangenen Jahres ein verdächtiges Päckchen aus Hutchinson/Nebraska aufgefallen. Darin enthalten waren 1000 antisemitische Aufkleber und das Buch „Die zweite Revolution“ des 1991 verstorbenen Neonazi-Anführers Michael Kühnen. Bei der anschließenden Wohnungsdurchsuchung bei G. in Berlin fanden Polizeibeamte NPD-Plakate, einen Mitgliedsausweis der Jungen Nationaldemokraten und zahlreiche Tonträger rechtsextremer Skin-Bands wie „Landser“ und „Spreegeschwader“.

■ **Feldkirchen-Westerham** – Der im vergangenen Februar aus der NPD ausgeschlossene Per Lennart Aae, Ex-Mitglied des NPD-Parteipräsidiums, meldet sich wieder öffentlichkeitswirksam zu Wort. In seinem Artikel „Antisemitismus-Gespenst als politische Strategie“, den die rechtsextreme Homepage „Wiener Nachrichten Online“ (wno) veröffentlicht hat, diffamiert Aae den Zentralrat der Juden als „obskure Schattenregierung der BRD, gegen deren stellvertretenden Vorsitzenden, also besagten ‘Michel’ Friedman, Jürgen Möllemann sich lobenswerterweise zu wehren erdreistet hat.“ Aae wehklagt, dass in der Bundesrepublik „eine ungeheure jüdische Machtbasis entstanden“, der „jüdisch-zionistische Einfluss auf die deutsche Politik erheblich“

sei. Antisemitismus, so Aae, werde „bewusst und planmäßig provoziert“, um eine „nationale Bewegung“ in der Bundesrepublik zu verhindern.

■ **Frankfurt** – Eine mit „Keine Homo-Ehe in Deutschland“ betitelte Kampagne hat die „Aktion Kinder in Gefahr“, eine Initiative der Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur (DVCK), gestartet. In dem Rundschreiben vom Juni heißt es: „Möchten Sie, dass morgen, beim Schulausgang, ein Paar als Frauen verkleidete Homosexuelle Ihre Kinder oder Enkel anstarren? ... Was soll denn demnächst kommen? Kannibalismus, Nekrophilie und Polygamie?“ Edmund Stoiber wird aufgefordert, „dem moralischen Verfall in Deutschland zu begegnen, die Homo-Ehe während des Wahlkampfes zu bekämpfen und ... zurückzunehmen, falls die Union nach den Wahlen die Regierungsverantwortung übernimmt.“ In dem Schreiben wird mehrfach um „großzügige finanzielle Hilfe“ gebeten, „damit wir wirksam gegen die antichristliche und familienfeindliche Politik der rotgrünen Koalition kämpfen können“. Strippenzieher der Aktion ist Mathias von Gersdorff, JF-Gelegenheitsautor und Mitglied des rechtsklerikalen Arbeitskreises für Christliche Publizisten (APC).

■ **Greifswald** – Am 29. Juni veranstaltete die NPD in Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern, ein Grillfest. NPD-Eigenangaben zufolge haben daran „mehr als 100 Mitglieder und Freunde der NPD, aber auch Bürger und Kinder“ aus Greifswald teilgenommen. Unterstützt wurden die örtlichen NPD-Kader durch die eigens angereisten NPD-Funktionäre Stefan Köster, Bernd Flotow und Mario Kannenberg. Besonders erfreut zeigen sich die Nationaldemokraten über drei durchgeführte Fußballturniere, an denen jeweils acht Mannschaften teilnahmen, neuerdings sogar zwei „Mädelmannschaften“: „Sinnlose Abgrenzungserscheinungen werden so aufgeweicht bzw. aufgehoben.“

■ **Heidgraben** – Solidarität mit dem Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit“ übt der „Arbeitskreis Demokratiereform“ (BNR 6/01) unter Führung von Ferdinand Neitzert (Heidgraben), Autor in der NS-apologetischen Schrift „Recht+Wahrheit“. Das „liberal-konservative Blatt“ sei, so der Arbeitskreis, der der rechtsextremen Deutschland-Bewegung als Mitglied angehört, einem „Ausschlusskampf“ des in der Bundesrepublik „gut eingespielten Machtkartells“ ausgesetzt. Dem „Kartell“, sprich der bundesdeutschen Demokratie, wird der „Zusammenbruch“ prophezeit: „Ohne alsbaldige Demokratie-

reform, die dem Verfassungssouverän, dem Volk, seine geborenen Rechte endlich zugesteht, könnte sich die bestehende Vertrauenskrise zur Gesellschafts- und Staatskrise auswachsen.“ Mitglied des „Arbeitskreises“ ist unter anderem der ranghohe Ex-Militär Reinhard Uhle-Wettler.

■ **Kaiserslautern** – Annett Moeck, wegen Starallüren und Unzuverlässigkeit ins Gerede gekommene Liedermacherin aus dem NPD-Umfeld, wehrt sich jetzt offenbar gegen Vorwürfe aus der Szene. Unter dem Namen „Annett“ beziehungsweise „Annett1488“ erschien in Neonaziforen ein Text, mit dem vermutlich die Sängerin selbst, die in der Szene mit ihren Erstlingswerk „Eine Mutter klagt an“ bekannt wurde, nun Teile der Szene anklagt. „Das Jahr hat knapp 50 Wochenenden“, versucht die Autorin zu rechnen, „davon bist Du 40 unterwegs. Wie oft hast Du Dich selber verflucht gefahren zu sein! Wie oft hattest Du das Gefühl umsonst da gewesen zu sein – weil das Bier siegte? Wie oft hast Du draufgezahlt – weil sie vergessen hatten was man an Sprit verbraucht? Wie oft hast Du im Auto geschlafen – weil sie vergessen hatten Dir einen Übernachtungsplatz zu besorgen? Wie oft hing Dein Magen bis in die Knie – weil auch ans Essen keiner gedacht hatte? Und Du hast über all das hinweg gesehen.“ Ihr würden die „Fehler anderer angerechnet“, klagt „Annett1488“. Auf Vorwürfe, dass sie eine Reihe von Konzertterminen habe sausen lassen, geht die Autorin nicht ein.

■ **Ludwigslust** – Der wegen Volksverhetzung vorbestrafte 62-jährige Neonazi Klaus Bärthel (Ludwigslust) kandidiert im September für die NPD als Parteilooser auf Listenplatz 4 für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Bärthel, der bis Ende 1999 in Hamburg wohnhaft war, leitet den „Wolf-Verlag“, der das Neonazi-Blatt „Zentralorgan“ herausgibt. Zuletzt war Wolf am 11. Mai Anmelder einer Demonstration der „Kameradschaft Ludwigslust 88“, an der sich rund 200 Neonazis beteiligten. Zugereist nach Ludwigslust ist auch Stefan Köster, Mitglied im NPD-Bundesvorstand.

■ **Lübeck** – „Schluss mit politischen Prozessen! Abschaffung der Sondergesetze wie § 130 StGB und andere! Freiheit für Roeder und alle anderen politischen Häftlinge“ fordert Dieter Kern (Lübeck), Vorsitzender des rechtsextremen Bündnis Rechts, anlässlich der Verurteilung Manfred Roeders wegen Volksverhetzung. Kern in einer Presseerklärung vom 3. Juli: „Auch wenn Roeder jetzt erst einmal verloren hat, so hat er jedenfalls nicht sein Gesicht

verloren, sondern insbesondere durch seine Niederlage vor diesem Gericht hat er seinen politischen Gegnern die Maske vom Gesicht gerissen ...“ Der Autor schmiedet gar zeitgeschichtliche Parallelen: „Wer diesen Roederprozess miterlebt hat, könnte auf die (dumme) Idee kommen, Vergleiche mit den Nürnberger Prozessen anzustellen, bei dem für die Angeklagten das Todesurteil am Ende stand, welches schon vornherein fest stand.“

■ **München** – Gegen den Herausgeber der rechtskonservativen Zeitschrift „Epoche“ Karl Ludwig Bayer erging am 20. Juni ein Haftbefehl wegen Steuerhinterziehung. Dem 60-jährigen Bayer wird vorgeworfen, zwischen 1995 und 2000 Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer hinterzogen zu haben. Weiterhin wirft der Traunsteiner Oberstaatsanwalt Wolfgang Giese Bayer Veruntreuung von Geldern des Verbands für Publizistik und Jugendbildung Epoche e.V. aus dem oberbayerischen Bad Reichenhall vor. Bis Mitte des vergangenen Jahres fungierte der CSU-Generalsekretär Thomas Goppel als Schirmherr für „Sonderseiten in der Epoche“. Zu den Autoren der „Epoche“ zählten nicht nur Goppel, sondern auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber und die Landesminister Günther Beckstein und Kurt Faltlhauser. In den 60-er Jahren war Bayer bei der NPD unter anderem als Pressesprecher des bayerischen Landesverbandes und Redakteur NPD-naher Publikationen aktiv.

■ **Sebbeterode** – Der international aktive Neonazi Roy Godenau im hessischen Sebbeterode fungiert neuerdings als „personal assistant“ des US-amerikanischen Rassisten David Duke. Godenau, ein gebürtiger US-Amerikaner, der 1969 in die Bundesrepublik kam und auch im Adressbuch des verstorbenen Neonazis Michael Kühnens aufgeführt war, nennt sich seit der Hochzeit 1977 mit Ingeborg Godenau (Ex-Kreistagsabgeordnete der Republikaner) mal Armstrong, mal Godenau. Das Anwesen der Godenaus, die Buchenmühle, diente in den 70er Jahren verschiedenen rechtsextremen Gruppen als Tagungshaus sowie Zelt- und Übungsplatz. Gern gesehene Gäste waren Mitglieder der Wiking-Jugend. Der aus Tulsa/Oklahoma stammenden Duke ist ehemaliger Grand Wizard der Knights of the Ku Klux Klan. 1991 erzielte Duke bei der Wahl des Gouverneurs im US-Bundesstaat Louisiana 39 Prozent (700 000 Wählerstimmen). 1999 gründete er eine Gruppierung namens National Organization for European-American Rights (NOFEAR).

■ **Tübingen** – Der Rechtsextremist Claus Nordbruch beklagt in der aktuellen Ausgabe des „Euro-Kurier“ (Grabert-Verlag), das „ebenso demütigende wie arrogante Verhalten“ des „allerseits gelobten Landes“ (= Israel) und zieht historische Parallelen. „Vergleiche zwischen den Rassendekreten eines Edvard Benesch und den Verbrechen eines Ariel Sharon drängen sich auf. Und die hieraus zu ziehende Schlussfolgerung: Sudetendeutsche und Palästinenser – vertrieben und entrechtet.“ Ins Visier genommen wird im „Euro-Kurier“ auch der Zentralrat der Juden in Deutschland. So stehe das Amt des Zentralratsvorsitzenden „anscheinend sogar über dem Grundgesetz, denn es schränkt die dort gewährleistete Grundfreiheit der Meinungsäußerung offensichtlich entscheidend ein. Es geht also ... um die Aufrechterhaltung der Umerziehung für die neue Generation, um die Weiterverpflichtung der bisherigen Reue- und Sühne-Haltung für die politisch Herrschenden und damit um die Möglichkeit weiterer Erpressbarkeit.“ Der im 13. Jahrgang erscheinende „Euro-Kurier“, über Jahre hinweg ein Werbeblättchen für die Grabert-Presseerzeugnisse, hat sich in den letzten Monaten durch Autoren wie Nordbruch, Rolf Kosiek und Jürgen Schwab zu einem Strategie- und Ideenorgan der extremen Rechten entwickelt.

■ **Werder/Hasslinghausen** – Ernste Probleme haben die beiden Neonazi-Labels „Hatesounds“ im brandenburgischen Werder und „Ohrwurm“ im nordrhein-westfälischen Hasslinghausen. Gegen beide richtet sich ein Boykottaufruf, der in der Szene kursiert. Der Betreiber von Hatesounds – gemeint sein dürfte der ehemalige „Blood&Honour“-Aktivist Sven Schneider – habe nach einer Hausdurchsuchung umfangreiche Geständnisse abgeliefert und Kameraden verraten, heißt es in dem Aufruf. Dem Ohrwurm-Chef Marcel Ingnoli wird vorgehalten, Informationen zum Erscheinen einer „Landser“-CD und zu den Vertriebswegen ausgeplaudert zu haben. Wegen seiner Aussagen seien „viele Kameraden verhaftet und abgeurteilt“ worden. Der Szene wird empfohlen, Produktionen von Ohrwurm und Hatesounds nicht mehr zu kaufen. Ingnoli versucht, den Boykottaufruf durch einen Namensänderung zu unterlaufen: Nicht mehr als Ohrwurm, sondern als „Attacke Warenhandel“ bietet er seine Produkte derzeit an.

Ausland

■ **Belgien (Berchem)** – Die von den belgischen Behörden kürzlich verbotene holocaustleugnende

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861
Heft 14-2002 Abo 401917

9

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

Organisation Vrij Historisch Onderzoek (VHO) der rechtsextremen Brüder Siegfried und Herbert Verbeke aus Berchem ist weiterhin aktiv. Die VHO-Angebotsliste vom März wurde lediglich mit einem Adressaufkleber von Siegfried Verbeke überklebt und dem bundesdeutschen Kundenkreis jetzt zugeschickt. Im Angebot sind unter anderem die revisionistische Reihe „Historische Tatsachen“ von Udo Walendy, die „Auschwitz-Lüge“ von Thies Christophersen, „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ von „Ernst Gauss“ (= Germar Rudolf), „Der Auschwitz-Mythos“ von Wilhelm Stäglich und „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ von Jürgen Graf. Beigelegt war der Sendung ein Prospekt des rechtsextremen Arndt-Verlags aus Kiel.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bvr.de
Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.